

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 30.06.2022

Gremium:

Rat der Stadt

Sitzungsdatum:

23.06.2022

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 10.2

Ermittlungsdienst Abfall - Tätigkeitsbericht und Zwischenevaluation des Pilotprojektes Beschluss

(Drucksache Nr.: 24519-22)

Dem Rat der Stadt liegt folgende Empfehlung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABöAB) vor:

„Dem Ausschuss für ABöAB liegt folgende Empfehlung der BV-Innenstadt Nord aus der öffentlichen Sitzung vom 01.06.2022 vor:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord empfiehlt dem Rat der Stadt einstimmig, den nachfolgenden Beschluss mit dem Zusatz zu fassen, das Projekt „Ermittlungsdienst Abfall“ sowohl personell (auf acht Planstellen) aufzustocken, als auch als Dauereinrichtung zu verstetigen, ohne dabei andere Methoden (Informationen, weitere Abfalleimer, häufigere Reinigungs-/ Entsorgungsintervalle) zu vernachlässigen:

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht und die Zwischenevaluation der Verwaltung zum bisherigen Pilotverlauf des Ermittlungsdienstes Abfall zur Kenntnis.
2. Er beschließt die Verlängerung des Projektes und der befristeten Arbeitsverträge der vier Mitarbeitenden des Ordnungsamtes bis zum 31.08.2023 und beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der EDG die Aufbau- und Ablauforganisation bzw. die Arbeitsprozesse des Ermittlungsdienstes weiter zu optimieren, Schnittstellen zu reduzieren und dadurch Synergien zu generieren. Hierzu wird dem Rat der Stadt unter Berücksichtigung des Haushaltsbegleitbeschlusses Nr. 44 aus der Sitzung vom 16.12.2021 (DS-Nr. 22100-21-E33) und des Beschlusses des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden aus der Sitzung vom 14.09.2021 (DS Nr. 20864-21) rechtzeitig vor Ablauf des verlängerten Projektzeitraumes ein weitergehendes Konzept zur Fortführung des EDA vorgelegt.

Dem ABöAB liegt folgende Empfehlung des Ausschusses für Personal, Organisation und Digitalisierung (APOD) aus der öffentlichen Sitzung vom 02.06.2022 vor:

Dem APOD liegt hierzu folgende Empfehlung aus der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord aus der Sitzung vom 01.06.2022 vor:

- Empfehlung s.o. -

Der APOD nimmt die Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

- Beschluss s.o. -

Dem ABöAB liegt folgende Empfehlung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW) aus der öffentlichen Sitzung vom 08.06.2022 vor:

Hierzu liegt vor→Empfehlung der Bezirksvertretung (BV) Innenstadt Nord vom 01.06.2022: Empfehlung s.o.

Weiter liegt vor→ Zusatz-/Ergänzungsantrag(Fraktion DIE LINKE+) (Drucksache Nr.: 24519-22-E1):

...wir bitten um Beratung und Abstimmung über folgenden Antrag:

1. Der Ermittlungsdienst Abfall kann kein Ersatz sein für zusätzliche Angebote seitens der Stadt, wie z. B. mehr Mülleimer und häufigere Reinigungsintervalle, die ebenfalls notwendig sind um die Müllproblematik im Dortmunder Stadtgebiet in den Griff zu

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

bekommen. Genauso müssen Informationen zur richtigen Abfallentsorgung einfach und in verschiedenen Sprachen zugänglich sein.

2. Der Rat bekräftigt aus diesem Grund den Beschluss eines kostenlosen Sperrmülltages, bei dem die Dortmunder Bewohner*innen Sperrmüll direkt vor ihrer Haustür entsorgen können.
3. Der Ermittlungsdienst Abfall dient dazu, die Verursacher*innen größerer „gewerbsmäßiger“ Abfallentsorgungen zu finden. Er darf nicht dazu führen, dass Menschen in schlechten Wohnverhältnissen oder aus Unwissen kriminalisiert werden

Begründung:

Die Problematik der illegalen Abfallentsorgung ist vielschichtig und muss daher auch mit verschiedenen Mitteln angegangen werden. Neben den großen Müllablagerungen, die mit Transportern in Grünflächen oder Wohngebieten abgeladen werden und die verfolgt gehören, gibt es die vielen kleineren Verschmutzungen, die durch eine unzureichende Anzahl an Mülleimern oder ein zu seltenes Leerungsintervall entstehen. Genauso entstehen Müllablagerungen durch schlechte Wohnverhältnisse mit einer unzureichenden Müllabholung. Der Ermittlungsdienst Abfall soll die „gewerbsmäßige“ Entsorgung großer Müllmengen verfolgen, darf aber nicht dazu führen, dass Armut kriminalisiert wird.

AKUSW, 08.06.2022:

Nach ausführlicher Diskussion erfolgt die Abstimmung wie folgt:

Zum Zusatz-/Ergänzungsantrag (Fraktion DIE LINKE+) (Drucksache Nr.: 24519-22-E1):
Der AKUSW lehnt diesen Antrag mehrheitlich, bei Gegenstimmen (SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion AfD) sowie Enthaltungen (Fraktion B'90 /Die Grünen und Die FRAKTION/ DIE PARTEI) ab.

Zur Vorlage:

In Kenntnis der Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt Nord empfiehlt der AKUSW dem Rat der Stadt Dortmund einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

- Beschluss s.o. -

Dem ABöAB liegt folgende Empfehlung der BV Innenstadt-West aus der öffentlichen Sitzung vom 08.06.2022 vor:

Die Bezirksvertretung Innenstadt-West sieht eine zu hohe Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben (Bußgeldern und Personalkosten) und schlägt diesbezüglich Nachbesserung vor. Weiterhin ist auch im Bezirk Innenstadt-West eine EDA-Präsenzveranstaltung, wie bereits in anderen Stadtbezirken geschehen, gewünscht und falls bereits terminiert, wird um Bekanntgabe des Termins gebeten.

Die Bezirksvertretung Innenstadt-West empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund einstimmig, dem Vorschlag der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord folgend, den nachfolgenden Beschluss mit dem Zusatz zu fassen, das Projekt „Ermittlungsdienst Abfall“ sowohl personell (auf acht Planstellen) aufzustocken, als auch als Dauereinrichtung zu verstetigen, ohne dabei andere Methoden (Informationen, weitere Abfalleimer, häufigere Reinigungs-/Entsorgungsintervalle) zu vernachlässigen.

- Beschluss s.o. -

Dem ABöAB liegt folgende Empfehlung der BV Mengede aus der öffentlichen Sitzung vom 08.06.2022 vor:

Die Fraktion B'90/DIE GRÜNEN ist der Meinung, dass die Strafgebühren für illegal entsorgten Abfall nicht hoch genug sind und schlägt vor, diese zu erhöhen.

Dem stimmen die CDU- Fraktion, die FDP und die SPD-Fraktion zu.

Die Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI gibt zu bedenken, ob es nicht auch andere Lösungen gäbe, um dem Problem entgegen zu wirken.

Empfehlung

1. Die Bezirksvertretung Mengede nimmt den Tätigkeitsbericht und die Zwischenevaluation der Verwaltung zum bisherigen Pilotverlauf des Ermittlungsdienstes Abfall zur Kenntnis.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

2. Die Bezirksvertretung Mengede empfiehlt mit den gemachten Anmerkungen dem Rat der Stadt einstimmig bei 4 Enthaltungen (2 Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, 1 FDP, 1 Herr Utech SPD-Fraktion) die Verlängerung des Projektes und der befristeten Arbeitsverträge der vier Mitarbeitenden des Ordnungsamtes bis zum 31.08.2023 zu beschließen und die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit der EDG die Aufbau- und Ablauforganisation bzw. die Arbeitsprozesse des Ermittlungsdienstes weiter zu optimieren, Schnittstellen zu reduzieren und dadurch Synergien zu generieren. Hierzu wird dem Rat der Stadt unter Berücksichtigung des Haushaltsbegleitbeschlusses Nr. 44 aus der Sitzung vom 16.12.2021 (DS-Nr. 22100-21-E33) und des Beschlusses des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden aus der Sitzung vom 14.09.2021 (DS Nr. 20864-21) rechtzeitig vor Ablauf des verlängerten Projektzeitraumes ein weitergehendes Konzept zur Fortführung des EDA vorgelegt.

Der ABöAB nimmt die vorangehenden Empfehlungen der Gremien zur Kenntnis.

Der ABöAB empfiehlt dem Rat der Stadt - der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord folgend – mehrheitlich, gegen die Stimme der AfD-Fraktion, den nachfolgenden Beschluss mit dem Zusatz zu fassen, das Projekt „Ermittlungsdienst Abfall“ sowohl personell (auf acht Planstellen) aufzustocken, als auch als Dauereinrichtung zu verstetigen, ohne dabei andere Methoden (Informationen, weitere Abfalleimer, häufigere Reinigungs-/ Entsorgungsintervalle) zu vernachlässigen:

1. Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht und die Zwischenevaluation der Verwaltung zum bisherigen Pilotverlauf des Ermittlungsdienstes Abfall zur Kenntnis.
2. Er beschließt die Verlängerung des Projektes und der befristeten Arbeitsverträge der vier Mitarbeitenden des Ordnungsamtes bis zum 31.08.2023 und beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der EDG die Aufbau- und Ablauforganisation bzw. die Arbeitsprozesse des Ermittlungsdienstes weiter zu optimieren, Schnittstellen zu reduzieren und dadurch Synergien zu generieren. Hierzu wird dem Rat der Stadt unter Berücksichtigung des Haushaltsbegleitbeschlusses Nr. 44 aus der Sitzung vom 16.12.2021 (DS-Nr. 22100-21-E33) und des Beschlusses des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden aus der Sitzung vom 14.09.2021 (DS Nr. 20864-21) rechtzeitig vor Ablauf des verlängerten Projektzeitraumes ein weitergehendes Konzept zur Fortführung des EDA vorgelegt.“

Rm Wallrabe (CDU) kündigt, da die Verwaltungsvorlage weder die Verstetigung des Ermittlungsdienstes noch Beschluss der acht weiteren Stellen ohne Sperrvermerk enthält, die Beantragung der sofortigen Entfristung der Stellen nach der Sommerpause im APOD an. Er sieht in der Vorlage eine Verzögerung der Festschreibung des Ermittlungsdienstes Abfall (EDA). Er erwartet, dass gemäß Beschlusslage der EDA bis zum Jahresende flächendeckend ausgeweitet wird.

Rm Goosmann (SPD) weist darauf hin, dass im ABöAB die Empfehlungen aus Bezirksvertretungen, die Entfristung der acht Stellen und die Verstetigung des EDA, zum Antrag erhoben und dem Rat empfohlen wurden. Dieser Empfehlung möchte die SPD-Fraktion heute folgen.

Rm Thomas (AfD) sieht in der Vorlage, dass sich die Arbeit des EDA nicht positiv auswirke.

Grundsätzlich müsse gegen Vermüllung vorgegangen werden. Er sieht aber keinen angemessenen Ertrag in Relation zum Aufwand. Daher wird seine Fraktion gegen die Verlängerung stimmen.

Laut Rm Kowalewski (Die Linke+) ist tatsächlich laut Zwischenevaluation kein signifikanter Effekt sichtbar. Da es sich um eine Zwischenevaluation handelt müsse das gesamte Projekt und die Endevaluation abgewartet werden. Es ist schwierig zu vertreten, vorab weitere Schritte zu gehen.

StD Stüdemann sagt, es gebe deutlich mehr Müllmeldungen, Anzeigen und Interventionen. Nur bei illegalen Müllkippen sei keine zählbaren Verbesserungen erkennbar, woran aber gearbeitet werde.

Der Erfolg dieser Pilotphase sei aber auch davon abhängig, dass Abläufe in der Verwaltung gut funktionieren. Wegen der Beteiligung von aktuell vier Fachbereichen ist die Aufstellung nicht optimal. Daher sollen in dem weiteren Jahr die Verwaltungsabläufe optimiert werden. Denn von zügigen internen Prozessen sind schnell erkennbare Effekte in der Öffentlichkeit abhängig. So habe auch die EDG bekundet, dass bei verbesserten Abläufen schneller reagiert und die Verursacher*innen verantwortlich gemacht werden können. Eine Verstetigung zum heutigen Zeitpunkt wird aus seiner Sicht keine Vorteile erbringen. Vielmehr wäre dies ein Punkt für die Haushaltsberatungen.

Rm Karacakurtoglu (Die Linke+) wird der Vorlage nicht zustimmen. Sie sieht nicht, dass die EDG Aufklärungsarbeit bei einer bestimmten Klientel leistet. Sie vergleicht ihre Erfahrungen in der Nordstadt mit denen in Marten. So würde -trotz entsprechenden Meldungen- die Entfernung von Müll in der Nordstadt deutlich länger dauern als in Marten. Häufig sei nicht erkennbar, ob hier nicht auch gewerblicher Müll entsorgt würde. Auch könnten sich viele Menschen Sperrmüllabholungen gegen

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Gebühr nicht leisten. Sie möchte diese Form von Ordnungsdienst nicht unterstützen, wenn sich nicht auch Strukturen grundlegend ändern.

Rm Goosmann (SPD) erklärt für seine Fraktion, den EDA stärken und nicht schwächen zu wollen.

Daher könne die Vorlage auch in den ABöAB rücküberwiesen werden. Im Sommer könne sich dann die Verwaltung mit den Wünschen der politischen Vertreter*innen befassen, damit der ABöAB nach der Sommerpause eine abschließende Empfehlung aussprechen kann.

StD Stüdemann gibt den Hinweis, dass über die Vorlage zu entscheiden ist. Denn sonst sei die Fortführung gefährdet.

OB Westphal sagt, der Rat müsse heute über die Vorlage entscheiden. Die weitergehenden Perspektiven sind dann nach der Sommerpause im ABöAB zu diskutieren.

Der Rat der Stadt fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie der Stimme des Rm Karacakurtoglu (Die Linke+) folgenden Beschluss und überweist die besprochenen Themen [Aufstockung des Projekts „Ermittlungsdienst Abfall“ (auf acht Planstellen) als auch die Verstetigung als Dauereinrichtung, ohne dabei andere Methoden (Informationen, weitere Abfalleimer, häufigere Reinigungs-/ Entsorgungsintervalle) zu vernachlässigen] zur weiteren Beratung in den ABöAB:

1. Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht und die Zwischenevaluation der Verwaltung zum bisherigen Pilotverlauf des Ermittlungsdienstes Abfall zur Kenntnis.
2. Er beschließt die Verlängerung des Projektes und der befristeten Arbeitsverträge der vier Mitarbeitenden des Ordnungsamtes bis zum 31.08.2023 und beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der EDG die Aufbau- und Ablauforganisation bzw. die Arbeitsprozesse des Ermittlungsdienstes weiter zu optimieren, Schnittstellen zu reduzieren und dadurch Synergien zu generieren. Hierzu wird dem Rat der Stadt unter Berücksichtigung des Haushaltsbegleitbeschlusses Nr. 44 aus der Sitzung vom 16.12.2021 (DS-Nr. 22100-21-E33) und des Beschlusses des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden aus der Sitzung vom 14.09.2021 (DS Nr. 20864-21) rechtzeitig vor Ablauf des verlängerten Projektzeitraumes ein weitergehendes Konzept zur Fortführung des EDA vorgelegt.